



Fachkonferenz BMBF-Fördermaßnahme »Kommunen innovativ«

am 18. und 19. September 2018 in Dortmund

Dokumentation

GEFÖRDERT VOM



Inhaltsverzeichnis

Begrüßung und Einführung	4
Das Dietrich-Keuning-Haus: kulturelles Veranstaltungs-zentrum und stadtteilorientierte Begegnungsstätte.....	5
Zukunft vor Ort gestalten – Rolle und Bedeutung von Zivilgesellschaft und Unternehmen in den Kommunen.....	6
Impressionen der Veranstaltung.....	8
Moderierte parallele Arbeitsforen.....	9
Session 1: Zuwanderung und Integration	9
Session 2: Innovationsschmiede	10
Session 3: Clevere Wohnraumentwicklung.....	12
Session 4: Finanzierung und Nachhaltigkeit	13
Session 5: Mobilität und Ehrenamt.....	15
Session 6: Fonds für Bürger.....	17
Session 7: Multilokalität.....	18
Talkrunde mit BürgermeisterInnen: „Was macht Kommunen innovativ?“	21
Grußwort: Ullrich Sieruau (OB Dortmund)	23
Moderierte parallele Arbeitsforen.....	25
Session 8: Regionale Zusammenarbeit	25
Session 9: Verstetigung und Kontinuität.....	27
Session 10: Regionaler Arbeitsmarkt	28
Session 11: Lebensqualität im Bestand.....	30
Session 12: Daten und Prognosen.....	32
Session 13: Wasser, Abwasser, Energie	33
Session 14: Soziale Einrichtungen	35
Impressionen der Veranstaltung.....	38
Abschlussdiskussion: Wie geht es weiter, wie schaffen wir Verstetigung?	39

Alle Präsentationen der Veranstaltung stehen zum Download zur Verfügung unter www.kommunen-innovativ.de





Impressum

KomKomIn - Wissenschaftliches Begleit-, Vernetzungs- und Transfervorhaben

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH

Dr. Stephanie Bock, Jan Abt, Julia Diring

Telefon: (030) 39001-189 | komkomin@difu.de

Raum & Energie – Institut für Planung, Kommunikation und Prozessmanagement GmbH

Katrin Fahrenkrug, Dr. Michael Melzer, Lutke Blecken, Julia Reiß





Begrüßung und Einführung

Dr. Vera Grimm, Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Dr. Vera Grimm betont den Beitrag der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ zur „Leitinitiative Zukunftsstadt“ im BMBF-Rahmenprogramm „Forschung für Nachhaltige Entwicklung“ (FONA³). Die Fördermaßnahme trägt dazu bei, neue Zukunftsperspektiven für Menschen in Stadt und Land zu entwickeln. Dies ist auch vor dem Hintergrund der im Koalitionsvertrag benannten Ziele einer Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land und einer Minderung von Strukturschwächen von Bedeutung. In diesem Zusammenhang nimmt in diesen Tagen auch die Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse ihre Arbeit auf. Ebenfalls thematisiert die Hightech-Strategie 2025 der Bundesregierung gleichwertige Lebensverhältnisse.



Dr. Vera Grimm (BMBF)

Erste Verbundprojekte der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ enden im Mai 2019. Daher dient die Fachkonferenz 2018 nicht nur dem Erfahrungsaustausch, um die vielfältigen Aktivitäten der Vorhaben besser zu vernetzen und zu kommunizieren, sondern auch der Diskussion über praxistaugliche Produkte und die Verstetigung der Vorhaben und ihrer Ergebnisse, aber auch über den Transfer in andere Kommunen und Regionen. Verstetigung ist daher eine wichtige Themenstellung der Fachkonferenz, damit die gemeinsam von Wissenschaft und Praxis erarbeiteten Ergebnisse Eingang in die kommunale Praxis finden.





Das Dietrich-Keuning-Haus: kulturelles Veranstaltungszentrum und stadtteilorientierte Begegnungsstätte

Michael Doerrer, Dietrich-Keuning-Haus

Michael Doerrer stellt das Dietrich-Keuning-Haus in der Dortmunder Nordstadt vor, einem Stadtteil mit vergleichsweise hohem Bevölkerungsanteil an Ausländern und mit Migrationshintergrund sowie hoher Arbeitslosenquote (Beispiel Münsterstraßenquartier: 45% Ausländeranteil, 25% Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund, 25% Arbeitslosenquote).

Das Dietrich-Keuning-Haus ist einerseits kulturelles Veranstaltungszentrum für z.B. Konzerte, Theater- und Comedyaufführungen, Tagungen, Feste und Turniere, die in Eigenregie oder in Kooperation mit Vereinen und weiteren Trägern organisiert werden. Jährlich finden ca. 150 Veranstaltungen mit insgesamt 200.000 Besucherinnen und Besuchern statt. Andererseits macht das Dietrich-Keuning-Haus als stadtteilorientierte Begegnungsstätte sozial- und kulturpädagogisch gestaltete Angebote für Menschen aller Altersgruppen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen.



Michael Doerrer





Zukunft vor Ort gestalten – Rolle und Bedeutung von Zivilgesellschaft und Unternehmen in den Kommunen

Prof. Dr. Gesine Schwan, HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform GmbH

Prof. Dr. Gesine Schwan plädiert in ihrer Rede für eine Stärkung der kommunalen Ebene im nationalen, aber auch im europäischen Kontext in Verbindung mit einer intensiveren Partizipation und Teilhabe der Zivilgesellschaft. Beides gemeinsam könne zu einer Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie und damit zur Bewältigung der anstehenden großen Herausforderungen beitragen.

Innovationen entstehen nicht nur in technischer Hinsicht, sondern gerade auch auf sozialer, kultureller und politischer Ebene. Solche Innovationen – bspw. neue Kommunikationsformate – müssen forciert werden, um die Gesellschaft langfristig und nachhaltig zu unterstützen. Da auf kommunaler Ebene die wesentlichen gesellschaftlichen Innovationen umgesetzt werden, spielen Kommunen eine wichtige Rolle für eine Stärkung der repräsentativen Demokratie.



Prof. Dr. Gesine Schwan

6

Nationale Regierungen weisen „machtstrukturelle Defizite“ auf, welche den dauerhaften Erhalt der Demokratie erschweren. So dominieren häufig technokratische Lösungen anstelle von Lösungen, die „mit den Menschen verabredet“ sind. Die Stimmung der Bürgerinnen und Bürgern wird zu wenig aufgenommen. Repräsentative Demokratie muss daher aus Sicht von Prof. Dr. Schwan durch Partizipation gestärkt werden – auch auf der kommunalen Ebene. So können „Kommunen als Werkstatt der Erprobung von Neuem“ eine neue politische Teilhabe ermöglichen. Eine „Multi-Stakeholder-Partizipation“ führt eine Vielfalt an Erfahrungen und Perspektiven durch Teilhabe und Mitsprache von Politik, Wirtschaft und organisierter Zivilgesellschaft in Verbindung mit der Wissenschaft zusammen. Sie ermöglicht gemeinsam getroffene Entscheidungen, eine Stärkung des transkommunalen und transnationalen Zusammenhalts sowie einen Wissens- und Erfahrungsaustausch. So schlägt Prof. Dr. Schwan konkret vor, dass Städte und Gemeinden für Fragen der kommunalen Entwicklung zu beratenden Versammlungen mit Unternehmen und Zivilgesellschaft einladen, deren Ergebnisse Grundlage für die weitere politische Arbeit sein können.

Gemeinsame kommunale Projekte, wie Sie bei „Kommunen innovativ“ verfolgt werden, zeigen, dass wichtige Herausforderungen auf der kommunalen Ebene partizipativ bearbeitet werden können und müssen. Zugleich verbinden sie die beteiligten Akteure und schaffen Zusammenhalt, indem unterschiedliche Fähigkeiten und Schwerpunkte zu-





sammengebracht werden. Dies alles kann zu einer Stärkung der Kommunen und der Demokratie beitragen.

Nicht zuletzt könnte aus der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ heraus nicht nur ein Impuls, sondern auch eine Forderung, z.B. im Sinne eines Manifests zur Stärkung der kommunalen Ebene hinsichtlich der finanziellen Ausstattung, aber auch der Kompetenzen hervorgehen. Verdeutlicht werden sollte dabei, dass dies letztlich nicht zu einer Schwächung der Nationalstaaten oder der EU führt, sondern diese im Gegenteil entlasten würde.





Impressionen der Veranstaltung



8





Moderierte parallele Arbeitsforen

In sieben parallelen Arbeitsforen wurden ausgewählte Aspekte der Fokus- und Querschnittsthemen der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ diskutiert. Inhaltlich angereichert wurde die Diskussion jeweils durch Inputs von zwei (bzw. drei) Verbundprojekten als „Tandems“.

Session 1: Zuwanderung und Integration

Welche Mehrwerte lassen sich aus kommunalen Integrationsprozessen für die gesamte Bevölkerung generieren?

Moderation: [Robert Riechel, Deutsches Institut für Urbanistik](#)

Das Thema Zuwanderung und Integration weist vielfältige Facetten auf – dies wurde in Session 1 anschaulich herausgearbeitet. Um dem Thema gerecht zu werden, ist die spezifische Situation der Menschen mit internationalen Biografien in den Blick zu nehmen. Teils handelt es sich um Geflüchtete, teils leben sie in 3. Generation in Deutschland. Auch die ethnische Herkunft beeinflusst das Ankommen bzw. die Teilhabemöglichkeiten. Analysen und Lösungsstrategien bedürfen insofern einer sorgfältigen Differenzierung.

Spezifisch für diese Session waren die unterschiedlichen räumlichen Perspektiven der beiden Projekte: Während der räumliche Kontext des Projekts MOSAIK großstädtische Bestandsquartiere sind (Remscheid), ist das Projekt IN² in zwei rheinland-pfälzischen Verbandsgemeinden im ländlichen Raum lokalisiert (Gerolstein und Rockenhausen).

IN²: [Martina Jentsch, Institut für Technologie und Arbeit e.V., und Lena Marx, Verbandsgemeinde Gerolstein](#)

Ausgangspunkt des Projekts IN² ist die These, dass die Zuwanderung aus der EU bzw. aus Nicht-EU-Ländern für ländliche Räume eine Chance darstellt, um den Altersdurchschnitt zu senken, den Fachkräftemangel abzumildern und drohenden Leerständen entgegenzuwirken. Die Vortragenden führten aus, dass es zielgerichtete Strategien und Maßnahmen braucht, um dem „Sog“ der Großstädte (u.a. migrantische Communities, Dichte infrastruktureller Angebote) entgegenzuwirken und die genannten Potenziale einzulösen. Der ländliche Raum weise dafür spezifische Integrationspotenziale wie ein starkes Ehrenamt und Anpackmentalität auf. So könnten sich für ländliche Räume wie für Zuwanderer Win-Win-Situationen ergeben.

Gleichwohl betrachten viele Zuwanderer den Aufenthalt im ländlichen Raum als temporär. Das wissenschaftliche Erkenntnisinteresse gilt daher den Haltefaktoren ländlicher Räume für Zuwanderer. Auf praktischer Seite ist das Hauptaugenmerk auf die Vernetzung der Akteure und bestehender haupt- und ehrenamtlicher Initiativen gerichtet. Zu-





dem werden gemeinsam mit Politik und Verwaltung Strategien zur Bindung von Zuwanderern vor Ort entwickelt.

MOSAİK: Prof. Dr. Susanne Frank, TU Dortmund

Susanne Frank fokussierte in ihrem Vortrag den für das Projekt **MOSAİK** zentralen Begriff „Konflikte“. Sie führte dabei aus, dass die Grundannahme des Projekts neu formuliert wurde. Anders als die Ausgangsthese, dass es trotz sozialer Heterogenität, überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit und besonders angespannter Haushaltslage in Remscheid erstaunlich wenig Konflikte bei der Integration gebe, geht das Projekt nun davon aus, dass Konflikte gerade ein Zeichen gelingender bzw. gelungener Integration sind.

Bei genauerer Betrachtung zeigten sich eine Vielzahl an Ressourcen-, Interessen-, Werte- und Lebensweltkonflikten. Sie sind aber in der „neuen“ Lesart Anzeichen für die Interaktion unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen und beginnende Prozesse der Neuaushandlung. Plastisch wurde das Ganze am Beispiel von Kleingartenkonflikten, bei denen unterschiedliche Ansichten und Gewohnheiten über Anbauregeln, gemeinschaftliche Aktionen, Feste usw. aufeinanderstoßen.

Grundlage für den erfolgreichen Umgang mit Konflikten bei der Integration in Remscheid seien etablierte Netzwerke und funktionierende Plattformen des Austauschs unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, das Engagement von Schlüsselpersonen, wie den Mitgliedern des Remscheider Integrationsrats, sowie eine engagierte Stadtspitze, die die vorgebrachten Probleme ernst nehme.

In der Diskussion wurden die Impulse mit den Integrationserfahrungen in anderen Städten und Gemeinden gespiegelt. Einig war man sich, dass die Begegnung zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen das A und O ist. Dies erfordert einen hohen Kommunikationsaufwand und viel Geduld. In mehreren Städten kommt den Integrationsräten dabei eine besondere Rolle zu.

Am Beispiel ethnischer Communities zeigte sich aber auch, dass die Diskussion über die Ziele der Integration noch nicht zu Ende ist. Soll Integration darauf hinwirken, dass sich die räumliche Konzentration ethnischer Gruppen „auflöst“ oder sind nicht vielmehr die Kontakte und Netzwerke ethnischer Gruppen ein hilfreicher Baustein für die gesellschaftliche Teilhabe aller Teile der Bevölkerung?

Session 2: Innovationsschmiede

Wie können Zivilgesellschaft und Verwaltung dauerhaft zusammenarbeiten, um gemeinsam neue Ideen zu entwickeln?

Moderation: Katrin Fahrenkrug, Institut Raum & Energie

Innovationen werden im Verbundvorhaben „Kommunen innovativ“, im Gegensatz zum landläufigen Verständnis, als Entwicklung technischer Neuheiten, als Formate zur Ver-





änderung des (sozialen/kulturellen) Habitus verschiedener Gesellschaftsgruppen verstanden. Damit die dauerhafte Generierung und Umsetzung solcher Neuerungen gelingen, ist ein Zusammenwirken von Zivilgesellschaft und Verwaltung essentiell.

fokusland: Prof. Dr. Peter Adolphi, Akademie für Nachhaltige Entwicklung Mecklenburg-Vorpommern

Prof. Dr. Peter Adolphi betonte mit Bezug auf die Eröffnungsrede von Prof. Dr. Schwan die Wichtigkeit einer kulturellen Implementierung von kommunaler Verantwortung in unserer demokratischen Gesellschaft. Aufgrund des Projektgebietes von **fokusland** nahm Prof. Dr. Adolphi vornehmlich Bezug auf den ländlichen Raum. Wichtig sei bei der Zusammenarbeit von Verwaltung und Zivilgesellschaft im ländlichen Raum vor allem, die Sprache der Akteure vor Ort zu verstehen und zu sprechen. Der teilweise elitäre Gestus der Wissenschaft wirke als Hemmschwelle einer erfolgreichen Zusammenarbeit. Persönliche Beziehungen und Vertrauen sind im ländlichen Raum essentiell.

KoSI-Lab: Eva Wascher, Technische Universität Dortmund

Aus Sicht des Projektes **KoSI-Lab** (Dortmund, Wuppertal) ging Eva Wascher aus städtischer Perspektive auf die Herausforderungen einer dauerhaften innovativen Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Verwaltung ein. Es gilt, Innovation als Möglichkeit der Beeinflussung gesellschaftlicher Verhaltensweisen zu verstehen. Statt technischer Innovation geht es um die Generierung neuer sozialer Praktiken.

11

Die anschließende Diskussion verdeutlichte, dass zur Beantwortung der Frage nach einer innovativen Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Verwaltung zunächst das individuelle Demokratieverständnis, insbesondere die Einschätzung der zivilgesellschaftlichen Kompetenzen, geklärt werden muss. Auf der einen Seite besteht der Bottom-up-Ansatz, bei dem in den Kommunen bereits Menschen vorhanden sind, die sozial innovativ tätig sein wollen. Das Projekt kann in dem Fall daran angedockt werden. Im top-down-Verständnis sieht sich das Projekt eher in der Aufgabe, der Zivilgesellschaft Chancen aufzuzeigen und soziale Innovation in der Kommune zu implementieren.

Als Grundvoraussetzung für eine dauerhafte Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Kommunen zur Entwicklung neuer Ideen wird das kommunale Interesse an der gesellschaftlichen Entwicklung erkannt. Die Verantwortung liege nicht auf nationaler Ebene, sondern auf der Umsetzungs- und Verstetigungsebene der Kommunen. Empfehlungen aus städtischer und ländlicher Perspektive sowie aus Sicht der Wissenschaft werden nach einer Diskussion in Kleingruppen zusammengetragen.





Session 3: Clevere Wohnraumentwicklung

Welche Ansätze sind für das nachhaltige Management (bestehenden) Wohnraums geeignet?

Moderation: Julia Reiß & Teike Scheepmaker, Institut Raum & Energie

In vielen Kommunen, vor allem im ländlichen Raum, sinkt die Bevölkerungszahl. Damit ändert sich auch der Bedarf an Wohnraum. Gleichzeitig verändern soziokulturelle Effekte Wohnansprüche der Bevölkerung. Das zeichnet sich durch relative Zunahme der Ein- und Zweipersonenhaushalte in allen Altersgruppen infolge veränderter Lebensformen, insbesondere aber durch die auch absolut wachsende Gruppe der über 65-Jährigen aus. Um untergenutzten und leerstehenden Wohnraum an die neuen Bedarfe und an die Anforderungen des demografischen Wandels anzupassen und zugleich qualitätsvollen und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, sind Ansätze für ein nachhaltiges Management (bestehenden) Wohnraums notwendig.

IER-SEK: Uwe Ziesler, Stadt Zwickau

In dem Projekt **IRE-SEK** wird in der Stadt Zwickau ein Instrument zur Entscheidungsunterstützung für Großvermieter zur Realisierung von Stadtentwicklungskonzepten erstellt, so Herr Uwe Ziesler. Die spezifischen Herausforderungen liegen unter anderem an der Nutzbarmachung sowie den datenschutzrechtlichen Bestimmungen bestehender Informationen. Ebenso sind Digitalisierung und Daten(-schutz) nicht in den Leitbildern (aus den 90er Jahren) integriert. Zur Ableitung von wohnungswirtschaftlichen und städtebaulichen Handlungsempfehlungen werden wirtschaftliche und kommunale Daten gesammelt, analysiert und kombiniert. Wichtig für eine erfolgreiche und dauerhafte Umsetzung von Managementansätzen ist die Integrierbarkeit in bestehende und sich verändernde Strukturen.

12

LebensRäume: Dr. Corinna Fischer, Öko-Institut e.V.

Das Projekt **LebensRäume** vermittelt bedarfs- und generationengerechten Wohnraum und stärkt damit kommunale Innenentwicklung. Auch Dr. Corinna Fischer berichtete, dass bestehende Leitbilder nicht an die aktuellen Bedarfe angepasst sind. Weitere Herausforderungen sind die Verfügbarkeit und Aufbereitung von Daten, um spezifische Fragestellungen zu beantworten sowie eine gewinnende Eigentümeransprache. Als Handlungsmöglichkeiten werden hier unterschiedliche Formate getestet (z.B. Individualberatung, Workshops, Öffentlichkeitskampagne). Der Verein „energieland 2050 e.V.“ leistet in dem Projekt **LebensRäume** einen wichtigen Beitrag zur dauerhaften und erfolgreichen Umsetzung der Managementansätze. Als zentraler Akteur und Multiplikator vor Ort vernetzt er Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Regionale und kommunale Vernetzung werden in beiden Vorhaben als wichtiger Baustein der Verstetigung gesehen.





Die gemeinsame Diskussion zeigt, dass für konkrete Maßnahmen

- » kleinräumige Datenverfügbarkeit (in Echtzeit) von und für EigentümerInnen und Kommunen gesichert werden muss
- » zunächst Bestand, Bedarf, Maßstab und Zielgruppe erfasst werden muss
- » neutrale Wertermittlung der Immobilien sowie Transparenz und Vertrauen am Eigentums-/Wohnungsmarkt hergestellt werden muss
- » Austausch und Zusammenarbeit in verschiedenen (auch horizontalen) Ebenen (Wohnungsbörse, etc.) wichtig ist und vor allem
- » der Mehrwert für (Wohnungs-)EigentümerInnen, Unternehmer und Kommunen transparent und vertrauensvoll aufgezeigt werden muss.

Folgende Informationen und Instrumente der Entscheidungsunterstützung werden in der Diskussion angerissen:

- » zunächst Zielgruppe und deren Bedarfe abklären
- » Mehrwert der Daten und des Monitorings betonen
- » dynamische Daten in einer koordinierenden Stelle verwalten, aber kritisch damit umgehen
- » vertrauenswürdige und transparente Informationen für Zielgruppe aufbereiten
- » Zusammenarbeit fördern; Strukturen und Verantwortlichkeiten transparent gestalten
- » (volkswirtschaftliche) Folgewirkungen transparent darstellen
- » Positive Erfahrungen aufbereiten und veröffentlichen

Session 4: Finanzierung und Nachhaltigkeit

Wie kann Verwaltung für Zielkonflikte auf verschiedenen Ebenen sensibilisieren und diese lösen?

Moderation: **Dr. Stephanie Bock**, Deutsches Institut für Urbanistik

Nachhaltigkeit vor Ort umzusetzen verweist immer auch auf Zielkonflikte, die nur schwer zu lösen sind. In vielen der „Kommunen innovativ“-Vorhaben wird diese Herausforderung zumindest angesprochen, in zwei Vorhaben stehen Zielkonflikte und deren Lösungsmöglichkeiten im Fokus. Die thematischen Zugänge könnten dabei jedoch kaum unterschiedlicher sein: **LAZIK N²⁰³⁰** (Lösungsansätze Zielkonflikte für Nachhaltigkeit) verfolgt das Ziel, in einem partizipativen Prozess unter Beteiligung von Schulen, der Öffentlichkeit, Experten und Expertinnen themen-, raum-, zeit- und hierarchiebezogen Lösungsansätze zur Bewältigung der Zielkonflikte auf kommunaler Ebene zu entwickeln.





NaKoFi (Nachhaltige kommunale Finanzen) erforscht ein übertragbares Verfahren, das die Belastbarkeit kommunaler Finanzpolitik auch in Zeiten struktureller Umbrüche beurteilt. Bewertet wird die Nachhaltigkeit kommunaler Haushalte.

LAZIK N²⁰³⁰: Birgit Böhm, mensch und region

Birgit Böhm hob in der Vorstellung von **LAZIK N²⁰³⁰** die Bedeutung partizipativer Prozesse zur Sensibilisierung für Zielkonflikte hervor und verknüpfte diese eng mit den Schlüsselbegriffen sensibilisieren, reflektieren und partizipieren. Am Beispiel von aktuell benötigten Kita-Plätzen und der dadurch verursachten stärkeren Belastung des Haushalts durch eine Infrastruktur, die angesichts des demografischen Wandels in späteren Jahren eventuell nicht mehr gebraucht wird, verdeutlichte sie die Komplexität der Zielkonflikte, die sich zwischen unterschiedlichen Zielen der Nachhaltigkeit ergeben und – so der Ansatz des Vorhabens – nur partizipativ gelöst werden können.

NaKoFi: Dr. Gunther Markwardt, Technische Universität Dresden

Einen anderen Ansatz verfolgt das Projekt **NaKoFi**, das Gunther Markwardt vorstellte. Zur Sensibilisierung kommunaler Entscheidungsträger für Herausforderungen des demografischen Wandels im Bereich kommunaler Haushalte wird in dem Vorhaben der Blick auf die Demographiesensitivität kommunaler Haushalte gelegt und ein entsprechendes Modell entwickelt. Die Erkenntnisse fließen in Handlungsempfehlungen zur nachhaltigen Haushaltssteuerung.

14

Diskussion

In der Diskussion wurden Gemeinsamkeiten, Schnittstellen, aber auch konzeptionelle Unterschiede der beiden Vorhaben intensiv diskutiert. So zielen beide Projektansätze auf eine Sensibilisierung für die Auswirkungen des demografischen Wandels und auf die Herstellung von Transparenz zur Vorbereitung von Entscheidungen. Beide entwickeln Tools zur Lösung entsprechender Zielkonflikte. Dabei tauchen jeweils Schwierigkeiten aufgrund unzureichender oder fehlender Datengrundlagen auf. Der sehr komplexe und breite Zugang von **LAZIK N²⁰³⁰**, der die Perspektiven unterschiedlicher Akteure (SchülerInnen, BürgerInnen, ExpertInnen) partizipativ einbezieht, bietet, so die Diskussion, die Chance, die Komplexität der Realität erfassen und berücksichtigen zu können. Gleichzeitig bestehe jedoch die Gefahr, sich in den zahlreichen Details zu verlieren und dann keine Aussagen treffen zu können. Ganz anders der Ansatz von **NaKoFi**, der sich auf den kommunalen Haushalt konzentriert und modellhaft und abstrakt eine neutrale wissenschaftliche Bewertungsgrundlage anbietet. In der Diskussion wurde auf die Schwächen dieses Ansatzes verwiesen, da Modelle immer abstrakt blieben und deshalb dazu neigten, die Realität zu vereinfachen und „an den wichtigen Stellen“ relevante Aspekte abzuschneiden. Ob die Modelle die Praxis vor Ort unterstützen können, wurde kontrovers beurteilt.

Die lebhafteste Diskussion vor allem zwischen Forschung und kommunaler Praxis machte deutlich, wie notwendig, aber auch wie schwierig die Entwicklung geeigneter Tools zwi-





schen der Abbildung von Komplexität auf der einen Seite und der Notwendigkeit von Abstraktion und Modellbildung auf der anderen Seite ist.

Session 5: Mobilität und Ehrenamt

Welche kooperativen Ansätze tragen zur Sicherung der Mobilität in ländlichen Regionen bei?

Moderation: **Julia Diringer**, Deutsches Institut für Urbanistik

In Session 5 „Mobilität und Ehrenamt“ diskutierten die Teilnehmenden, wie Mobilitätsangebote in ländlichen Regionen kooperativ getragen und dauerhaft gesichert werden können. Die umfassende Orientierung auf den Pkw und die Schwierigkeit, ÖPNV-Angebote in der Fläche bereitzustellen, sind die Ausgangsbedingungen für Mobilitätsangebote in ländlichen Regionen. Viele Kommunen beschreiten bereits heute neue Wege, um den Zugang der Bevölkerung zu Angeboten der Mobilität und daran anschließend zu den Angeboten der Daseinsvorsorge zu sichern.

iMona: **Stephanie Lelanz**, Technische Universität Dresden

Im Verbundvorhaben **iMona** entwickeln der Landkreis Freyung und die Technische Universität Dresden einen Ansatz, der unterschiedliche Mobilitätsangebote miteinander verknüpft und über ein Informations- und Buchungssystem abrufbar macht. Dabei sollen zukünftig Personen- und Warentransport zusammen gedacht werden. Ideen für neue Modelle werden gemeinsam mit der Bürgerschaft entwickelt. Werkstattgespräche, Gemeindeabende und Befragungen liefern Erkenntnisse über die Bedarfe der Bevölkerung und schaffen die Basis, um realitätsnahe und akzeptanzfähige Lösungen zu entwickeln.

KOMOBIL2035: **Anja Tamm & Andrzej Sielicki**, Regionalverband Ostwürttemberg

Die Projektpartner im Verbundvorhaben **KOMOBIL2035** verknüpfen ehren- und hauptamtliches Engagement, um eine zukunftsfähige Mobilität und bessere Erreichbarkeit der Angebote der Daseinsvorsorge in der Region Ostwürttemberg zu erhalten. Im Projekt entstehen neue Kooperationsformen zwischen ehrenamtlichen und hauptamtlichen, aber auch privatwirtschaftlichen Akteuren. Eine wichtige Funktion übernehmen regionale und lokale Kümmerer, sie beraten und unterstützen die Akteure bei Fragen zu Mobilitätsangeboten und vernetzen bestehende Initiativen miteinander.

Diskussion

Anknüpfend an die Inputs tauschten die Teilnehmenden der Session ihre Erfahrungen zur Sicherung der Mobilität in ländlichen Regionen aus. Neben der Frage, wie neue und insbesondere gemeinschaftlich getragene Mobilitätsangebote finanziert werden können, wurde angeregt, bei der Entwicklung neuer Angebote Bedarf und Angebot stets miteinander abzugleichen. Es sollten bedarfsorientierte und zielgruppenspezifische Mobilitätsangebote entwickelt werden (z.B. für Jugendliche, Senioren).





Eine Chance kooperativ getragener Mobilitätsangebote sahen die Teilnehmenden in der Stärkung des Gemeinschaftsgefühls und der Verbesserung der Verkehrssituation in ländlichen Regionen, sprich: vielfältige und flexible Mobilitätslösungen. Demgegenüber stehen die Grenzen kooperativ getragener Mobilitätsangebote, u.a. im Hinblick auf ihre Zuverlässigkeit und Dauerhaftigkeit. Verwiesen wurde auch auf Vorbehalte in der Bevölkerung. Komplexe Genehmigungsfragen und bürokratischer Aufwand stellen beim Aufbau und der Durchführung neuer Angebote Hürden dar, insbesondere für die ehrenamtlich Aktiven.

Eine Voraussetzung für die Entwicklung und Fortführung neuer Mobilitätsangebote sahen die Teilnehmenden in einem grundsätzlichen Kulturwandel – Offenheit für Neues – mit Blick auf neue Mobilitätsangebote (z.B. Ride-Sharing).

Abschließend wurde die Frage gestellt, wie Modelle, Strukturen und Impulse über die Projektlaufzeit hinaus erhalten und Lösungen auf andere Gebiete der Gemeinde oder Region übertragen werden können. Als hemmenden Faktor für die Verstetigung nannten die Teilnehmenden die zu kurzen Projektlaufzeiten. Tragfähige Strukturen brauchen Zeit. Vorgeschlagen wurde, das Ende der Projektlaufzeiten als langsamen Rückzug zu gestalten und somit die Verantwortung schrittweise auf die Akteure vor Ort zu übertragen. Als wichtig benannt wurde, frühzeitig Zuständigkeiten zu klären und zu verteilen und dabei auch die Rolle der Kommune zu definieren und einzubinden. Förderlich wirkten Maßnahmen zum capacity building in den Kommunen. Problematisiert wurde, dass Projektideen zum Teil an Einzelpersonen hängen, dauerhaft tragfähige Angebote aber auf mehreren Schultern verteilt sein sollten. Die Einbindung ehrenamtlicher Akteure erfordert Koordination, Beratung und Unterstützung. Als Trägermodelle für kooperativ getragene Mobilitätsangebote wurden genossenschaftliche Modelle und Vereine vorgeschlagen.





Session 6: Fonds für Bürger

Können Fondsmodelle Bürgerinnen und Bürgern Freiräume zur Mitgestaltung der Stadtentwicklung eröffnen?

Moderation: **Lutke Blecken**, Institut Raum & Energie

Bei Bürgerinnen und Bürgern ist ein nachlassendes Engagement zu beobachten, sich in die Stadtentwicklung gestaltend einzubringen. Stattdessen erfolgen eine Mitwirkung und Beteiligung häufig nur punktuell bei persönlicher Betroffenheit. Im Rahmen von „Kommunen innovativ“ haben daher verschiedene Projekte in ganz unterschiedlichen Zusammenhängen Ansätze untersucht, wie bürgerschaftliches Engagement gestärkt werden kann. Ein Ansatz dabei sind neue Finanzierungs- und Organisationsformen wie z.B. Fondsmodelle. Durch sie sollen Ehrenamt unterstützt werden und Anreize für engagierte Bürgerinnen und Bürger entstehen, sich in die Stadtentwicklung einzubringen. Die entwickelten Modelle unterscheiden sich von den bereits etablierten Verfügungsfonds im Rahmen der Städtebauförderung.

Bürgerfonds: **Christian Darr**, Stiftung Trias, **Laura Plugge**, Arbeitsgemeinschaft Deutsche Fachwerkstädte e.V.

Im Projekt **Bürgerfonds** wird erprobt, ob und wie ein sogenannter „Bürgerfonds“ Initiativen in Hannoversch Münden, Bleicherode, Felsberg und Homberg bei ihrem Engagement für den Erhalt von historischer Bausubstanz in Fachwerkstädten und Ortszentren unterstützen kann. Hierfür bietet der Fonds derzeit Beratung z.B. zu Finanzierungsmöglichkeiten, Rechtsformen und Projekterfahrungen an. Langfristig soll er den Grunderwerb und Kauf historischer Immobilien durch Bürgergruppen ermöglichen. Über Erbbaupacht sollen anschließend Einnahmen zurück in den Fonds fließen, so dass dieser revolvierend ist.

17

Kleinstadt_gestalten: **Franz Schwarzkopf**, Stadtverein Weißwasser e.V.

In der Stadt Weißwasser eröffnet ein Fonds die erforderlichen finanziellen Freiräume für Projekte von Bürgerinnen und Bürgern und damit für eine wirksame Beteiligung an der Stadtentwicklung. Dafür stehen im Verbundprojekt **Kleinstadt_gestalten** 60.000 Euro zur Verfügung. Die Mittelvergabe wird von einer Jury vorgenommen, wobei vergleichsweise geringe Vorgaben gemacht werden. Grundvoraussetzung ist, dass die Mittel nur als Unterstützung zum Anschub von Projekten auf ehrenamtlicher Basis dienen und eine Verstetigungshilfe sein sollen – langfristig sollen die Projekte ohne Fondsmittel fortgeführt werden.

In der Diskussion bestand Einvernehmen, dass Fondsmodelle Bürgerinnen und Bürgern Freiräume zur Mitgestaltung der Stadtentwicklung eröffnen können. Dazu muss

- » ein Fonds festbetragsmäßig oder akkumulierend aufgebaut bzw. revolvierend sein,





- » die Verwaltung durch eine juristische Person erfolgen (z.B. Stiftung, Verein, Gebietskörperschaft),
- » ein Entscheidungsgremium (Jury, Beirat o.ä.) über die Mittelfreigabe entscheiden und
- » Kriterien für die Mittelvergabe vorhanden sein, z.B. Umsetzbarkeit, Verankerung in der Stadtgesellschaft, Verstetigung, Übereinstimmung mit Zielen der Stadtentwicklung.

Neben einer Vergabe von Finanzmitteln können durch einen Fonds auch Beratungsleistungen finanziert werden. Berücksichtigt werden muss, dass regelmäßig formale Hürden (z.B. verzögernde Wirkungen aufgrund haushalterischen Bestimmungen, Mittelvergabe an ALG II-Empfänger) zu überwinden sind. Idealerweise sollte ein Fonds zu anderen Fördermöglichkeiten passfähig sein.

Für die weitere Arbeit im Rahmen der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ wurden folgende Anregungen gegeben:

- » aufbereitete Informationen über Finanzierungsmöglichkeiten, z.B. eine good practice-Datenbank, Informationen für potenzielle Nutzer von Fondslösungen und eine Austauschplattform zu thematisch unterschiedlichen Fondsansätzen.
- » fachlicher Input aus „Kommunen innovativ“ hinsichtlich der Ausrichtung der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) beabsichtigten Deutschen Engagementstiftung (Anmerkung: Die Deutsche Engagementstiftung soll als Kooperationsstiftung die Organisationsentwicklung und die Digitalisierung der Zivilgesellschaft sowie Engagementstrukturen im ländlichen Raum fördern. Für ihren Aufbau sind im Haushaltsentwurf 2019 32,5 Millionen Euro vorgesehen.)

Session 7: Multilokalität

Wie kann Daseinsvorsorge in den Kommunen angesichts zunehmender multilokaler Lebensweisen gesichert werden?

Moderation: Jan Abt, Deutsches Institut für Urbanistik

Der demographische Wandel hat viele Facetten und zeigt sich unter anderem in veränderten Lebens- und Arbeitsstilen. Das Thema „Multilokalität“, das im Mittelpunkt der Session 7 stand, ist eine dieser Ausdifferenzierungen mit Bedeutung für die Daseinsvorsorge in den Kommunen. Multilokalität ist dabei der Überbegriff für Lebensweisen, bei denen Menschen in ihrem Alltag auf mehrere Orte verteilt leben. Typisch für Multilokalität ist der Wechsel zwischen Mobilität und Stabilität – d.h. Reise- und Pendlerbewegungen sowie Wohn- und Arbeitsorten mit unterschiedlicher Verweildauer. Nicht nur für die Betroffenen hat dies Folgen in der Organisation ihres Alltags, sondern auch für die





Kommunen und Dienstleister, die mit der Frage umgehen müssen, wie man bei teilweise an- bzw. abwesender Bevölkerung weiterhin Versorgungssicherheit gewährleisten und ein Gemeinwesen organisieren kann. Die Projekte **TempALand** und **Wat Nu?** arbeiten zu diesem Thema unter jeweils spezifischen Rahmenbedingungen unterschiedlicher Regionen.

TempALand: **Lena Greinke**, Leibniz Universität Hannover

Das Projekt **TempALand** beschäftigt sich im Landkreis Diepholz mit dem temporären Zuzug ausgelöst durch die dort vorhandene Hochschule und die verfügbaren Arbeitsplätze und dem temporären Wegzug durch Pendler und Studienmigration. Hier untersucht die Universität Hannover in Kooperation mit dem Landkreis, wie sich temporäre An- und Abwesenheiten von Menschen auf kommunale Finanzen, Wohnstandorte, Infrastrukturen und bürgerschaftliches Engagement auswirken, um Werkzeuge für die Planung in diesen Bereichen zu entwickeln.

Wat Nu?: **Prof. Dr. Ulrich Scheele & Ernst Schäfer**, Arbeitsgruppe für regionale Struktur- und Umweltforschung GmbH (ARSU)

Im Projekt **Wat Nu?**, in dem ARSU zusammen mit der Universität Oldenburg und den Gemeinden Wangerland, Spiekeroog, Juist und Norden forschen, steht der saisonbedingte Zuzug durch den Tourismus (Gäste, Arbeitskräfte) und die temporäre Abwanderung durch begrenzte Ausbildungs- und Berufsaussichten im Mittelpunkt. Ziel ist es, die Lebensqualität der Kommunen ganzjährig zu gestalten – für Einheimische und Touristen gleichermaßen – und hierfür neue und bereits bestehende Handlungsstrategien zusammenzuführen und mit allen Akteuren (Wirtschaft, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Touristen) zusammen umzusetzen.

Diskussion

In der gemeinsamen Diskussion wurde deutlich, dass Multilokalität kein alleinstehendes Problem darstellt, sondern erschwerend zu weiteren Folgen des demographischen Wandels hinzukommt. Als „on-top-Thema“ verschärft es vorliegende Problemlagen, und Handlungsstrategien müssen daher aufeinander Bezug nehmen.

Dabei sind Aussagen über den Anteil an multilokal lebenden Personen an der Bevölkerung schwer zu treffen. Einerseits sind die Abgrenzungen der Multilokalität problematisch (z.B. Zeitdauer, Entfernung, Einbindung vor Ort) und andererseits sind nicht alle diese Lebensformen durch die amtliche Statistik erfassbar. Einig waren sich die Teilnehmenden, dass nur eine aussagekräftige Datenlage entsprechend zielgerichtete Antworten erlaubt. Ansätze zu einer besseren statistischen Erfassbarkeit oder Abschätzung des Stellenwerts der Multilokalität sollten daher weiter verfolgt werden.

Für die Praxis sind jedoch weniger die abstrakte Definition als vielmehr die beobachtbaren Wirkungen relevant. Für eine Abgrenzung von Multilokalität ist somit auf die Folgen abzustellen, die beispielsweise in der Nutzung von Infrastrukturen, aber auch in der Aktivierbarkeit von Engagement deutlich werden. Beispielsweise können Multilokale eine





ebenso starke Bindung an den Ort vorweisen wie ständig anwesende Bewohner, und tragen in dieser Rolle zu einem lebendigen sozialen Umfeld bei. Eine durchaus verfolgenswerte Strategie für Kommunen besteht darin, multilokal lebende Menschen stärker an den Ort zu binden und in Zukunft als dauerhafte Bewohner zu gewinnen. Modellrechnungen aus dem Projekt **TempALand** zeigen einen zumeist langfristig positiven fiskalischen Effekt solcher Bemühungen. Auf die Problematik von sich einseitig verändernden Gemeinschaften („Rentner-Siedlungen“), gerade in touristisch und landschaftlich attraktiven Gegenden, und die Erfordernis einer angepassten Infrastrukturausstattung wurde in der Diskussion aber gleichsam hingewiesen.

So wie das Alltagsleben multilokal lebender Menschen von Flexibilität geprägt ist, müssen auch Angebote vor Ort reagieren – dies gilt gleichermaßen für kommunale wie für Vereinsangebote. Erforderlich werden mehr kurzfristige, projektbezogene oder institutionenübergreifende Angebote. Als Beispiele wurden u.a. die Teilnahme von Gästen in Schützenvereinen („Gäste-Schießen“), zeitlich klar begrenzte Mitwirkungsmöglichkeiten im Ehrenamt und in der Landschaftspflege oder die Kombination von Angeboten des Hochschul- und des Vereinssports genannt. Auch ist ein flexibler Umgang mit Mitgliedschaften und deren Rechten beispielsweise im Sport oder bei der Feuerwehr organisatorisch möglich, um nicht genutztes Engagement Multilokaler zu aktivieren. Vielfach fehlen jedoch die Zugangswege, um Informationen über solche Angebote an die multilokalen Zielgruppen zu vermitteln. Ansatzpunkte liegen hier in einem internetgestützten Informationsangebot, zentralen und bekannten Anlaufstellen oder über die Ansprache und Einbindung von Vermietern zur Informationsweitergabe.

In beiden Modellregionen reagiert der Wohnungsmarkt erst zögerlich auf den veränderten Bedarf. Von multilokal lebenden Menschen werden kleinere Wohnungen und häufig möblierte oder mit Dienstleistungen verknüpfte Wohnangebote nachgefragt (Boarding-House). Trotz erster Angebote auf dem Markt liegt in der Beratung von Eigentümern und Architekten noch Optimierungspotenzial. Gleichfalls gilt es für die Kommunen, die Chancen der Multilokalität zu nutzen, die sich gerade für ländliche Regionen ergeben: Mit entsprechenden Mobilitäts- und Digitalisierungsinfrastrukturen (Stichwort: Breitbandausbau) und einem lebenswerten Umfeld können ortsunabhängige Arbeitnehmer zumindest zeitweilig gewonnen werden, die auch zur Belebung von Landgemeinden beitragen, die Infrastruktur auslasten helfen und Einzelhandelsangebote stützen.





Talkrunde mit Bürgermeisterin und Bürgermeistern: „Was macht Kommunen innovativ?“

In der Talkrunde diskutieren eine Bürgermeisterin und drei Bürgermeister aus den Verbundprojekten, moderiert von Matthias Langrock, stellvertretender Redaktionsleiter der Stadtreaktion Dortmund des Medienhauses Lensing, die Frage, was Kommunen innovativ macht?

Ulrike Pfeiffer-Pantring, Bürgermeisterin der Stadt Ortenberg (**Ortsinnenentwicklung**) verweist auf eine Vielzahl von Projekten zur Ortsentwicklung, welche in der Stadt in der Vergangenheit umgesetzt werden konnten. Als problematisch sieht Bürgermeisterin **Ulrike Pfeiffer-Pantring** dabei allerdings, dass die Finanzaufweisungen seitens des Landes v.a. auf der jeweiligen Zentralität beruhen, und nicht auf den vorhandenen Bedarfen der Kommune. Leitfrage müsse sein, ob die jeweilige Kommune eine ausreichende finanzielle Ausstattung für ihre Bedarfe hat. Eine Einbindung der Wissenschaft kann hilfreich dafür sein, dass kommunale Probleme und Lösungsansätze auf Landesebene wahrgenommen werden, während Bürgermeisterinnen und Bürgermeister als „Spezialisten der letzten Meile Projekte umsetzen und dabei Bürgerinnen und Bürger ins Boot holen“ können.

21

In Remscheid weisen rund 35% der Bevölkerung einen Migrationshintergrund auf, so **Burkhard Mast-Weisz**, Oberbürgermeister der Stadt Remscheid (**MOSAİK**). In der Vergangenheit wurden in der Stadtentwicklung viele Fehler gemacht, in deren Folge es zu Segregationsprozessen kam. Diese Situation gilt es nun im Rahmen des Projektes **MOSA-İK** positiv zu gestalten, denn „Remscheid funktioniert nur mit Migrant*innen, sie dürfen sich nicht ausgegrenzt fühlen“. Wichtig ist dabei, dass die Stadt nicht als „Besserwisser“ agiert, sondern Bottom-up-Initiativen unterstützt. Hierzu soll die gesamte Bürgerschaft eingeladen werden, wenngleich sich die Ansprache einiger Gruppen schwierig gestaltet. Die Dialogebene zwischen Bürgerinnen/Bürgern und der Wissenschaft war wichtig, da ein neutraler Blick von außen eingebracht wurde. Somit ergibt sich aus dem Projekt die Chance, wichtige Impulse für die Stadtentwicklung zu generieren.

Im Projekt **LAZIKN_2030** untersucht die Stadt Sandersdorf-Brehna, deren Einwohnerzahl stagniert und die als finanzstarke Kommune Geberkommune im Land Sachsen-Anhalt ist, Zielkonflikte zwischen einem nachhaltigen Haushalt und Investitionen in frühkindliche Bildung unter der Zielsetzung einer kinderfreundlichen Gemeinde, so Bürgermeister **Andy Grabner**. Beispielsweise trägt die Kommune einige Kindertagesstätten in der Kommune mit. Lösungsansätze werden im Vorhaben u.a. gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern erarbeitet. Aus dieser Vorgehensweise verspricht sich Andy Grabner pragmatische Ansätze.



Die Kreisstadt Eschwege konnte entgegen Prognosen in den letzten Jahren ihre Bevölkerung halten. Das Umland hingegen ist stark durch Alterung und Schrumpfung geprägt. Im Projekt **lebensWert** erprobt Eschwege gemeinsam mit dem Umland neue Formen der interkommunalen Kooperation. Dabei geht es nicht darum, so Bürgermeister **Alexander Heppe**, dass die Stadt Aufgaben aus dem Umland übernehmen möchte, sondern vielmehr darum, gemeinsam Leistungen bereit zu stellen und somit Kosten zu sparen. Die wissenschaftliche Begleitung hebt die Diskussion dabei auf eine andere Ebene und sorgt für einen neutralen Blickwinkel. Dieser Prozess muss nun verstetigt und es muss auf neue Entwicklungen reagiert werden. So könnten Chancen aus der Digitalisierung, z.B. hinsichtlich dezentraler Arbeitsplätze in Verbindung mit besseren Mobilitätsangeboten, dazu beitragen, dem Leerstand im ländlichen Raum entgegen zu wirken. Hemmend wirkt sich aus, dass die „Zerfaserung der Förderlandschaft“ für kleine Kommunen kaum zu überblicken ist.

Zusammenfassend plädieren die Bürgermeisterin und die Bürgermeister in der Diskussionsrunde dafür, Förderprogramme zukünftig stärker auf die Herausforderungen der Kommunen zuzuschneiden. Dafür müssen Kommunen ihre Bedarfe ausdrücken. Dass dies gelingen kann, zeigt die Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ mit ihren 30 Verbundvorhaben.



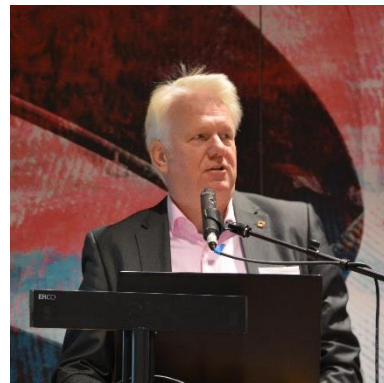
Von links nach rechts: Matthias Langrock (Medienhaus Lensing, Stadtreaktion Dortmund), Ulrike Pfeiffer-Pantring (Stadt Ortenberg, Ortsinnenentwicklung), Andy Grabner (Stadt Sandersdorf-Brehna, LAZIKN2030), Burkhard Mast-Weisz (Stadt Remscheid, MOSAIK), Alexander Heppe (Kreisstadt Eschwege, lebensWert)



Grußwort: Ullrich Sierau (OB Dortmund)

Zu Beginn des zweiten Veranstaltungstags begrüßte **Oberbürgermeister Ullrich Sierau** die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachkonferenz „Kommunen innovativ“.

In seiner Ansprache hob er die Bedeutung einer gleichberechtigten Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Kommune hervor, wie sie in der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ angelegt ist. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Stadt Dortmund, die mit den beiden Projekten **KuDeQua** und **KoSi-Lab** in der Fördermaßnahme beteiligt ist, verdeutlichte er, dass eine solche Kooperation nicht selbstverständlich sei, haben doch die Wissenschaft als Vertreterin von Forschung und Lehre und die Kommune mit ihrer Zuständigkeit für die Daseinsvorsorge ganz unterschiedliche Aufgaben. So unterschiedlich, dass sich auch eine gepflegte Vorurteilkultur entwickeln kann: mit der Wissenschaft im Elfenbeinturm auf der einen und den unflexiblen Bürokraten auf der anderen Seite.



Ullrich Sierau

23

Für die Stadt Dortmund sei daher der Perspektivenwechsel essentiell: Erst durch die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Kommune ließen sich Lösungsansätze zu drängenden gesellschaftlichen Herausforderungen in der Stadt gewinnen, die für die Praxis wie auch für die Wissenschaft eigenständigen Wert besäßen. Aus dieser „Schwarmintelligenz“ und den zusammengeführten Kompetenzen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik ließen sich Projekte entwickeln, die die Lebensqualität in den Quartieren und Gemeinden erhöhen und damit den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft steigern. Am Beispiel Dortmunds etwa das Dekadenprojekt „nordwärts“, als Tochter der Internationalen Bauausstellung aus den 90er Jahren, oder die Allianz Smart City Dortmund, in der Wissenschaft, Wirtschaft und Kommune Piloten für die Stadt von morgen entwickeln.

Zentrales Element hierbei sei die gleichberechtigte Zusammenarbeit der wissenschaftlichen und kommunalen Partner auf Augenhöhe, was auch den mühsamen, aber notwendigen Schritt einer gemeinsamen Sprache erfordere. Gleichsam bedeutend sei die „Übersetzung“ für die Bürgerschaft im Quartier und in den Gemeinden zu leisten, denn die Erkenntnisse aus den Projekten sollten vor Ort vermittelt werden, wo die Projekte mit dem großen Engagement der zivilgesellschaftlichen Akteure und der Unternehmen umgesetzt werden.

Als „nachhaltigste Großstadt“ Deutschlands sei der Stadt Dortmund die Verstetigung seiner Projekte in Eigenregie und damit deren Nachhaltigkeit besonders wichtig. Aus diesem Grund würde in den „Kommunen innovativ“- und anderen Drittmittelprojekten





rechtzeitig darauf geachtet, welche der erprobten Modellansätze verstetigt werden können. Hierzu sei es wichtig, frühzeitig Verantwortliche und tragende Akteure zu bestimmen sowie Anknüpfungspunkte zu anderen, lang laufenden Maßnahmen, wie etwa dem Dortmunder Projekt „nordwärts“, zu identifizieren, das mit seinen zahlreichen Teil-Projekten und seinen guten Netzwerken eine ideale Basis hierfür biete.

Herr Ullrich Sierau sah die Anstrengungen in der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ auf dem Weg zu fruchtbaren Ergebnissen und dankte dem Bundesministerium für Bildung und Forschung für die Fördermaßnahme. Als Oberbürgermeister der Stadt Dortmund wünschte er allen Projekten der Fördermaßnahme einen gewinnbringenden Austausch im Zuge der Fachkonferenz und viel Erfolg in der weiteren Projektarbeit.





Moderierte parallele Arbeitsforen

Session 8: Regionale Zusammenarbeit

Mit welchen Formen interkommunaler Kooperation können Kommunen gemeinsam eine ressourcenschonende Siedlungsentwicklung erreichen?

Moderation: Robert Riechel, Deutsches Institut für Urbanistik

Die Herausforderungen des demografischen Wandels lassen sich häufig besser gemeinsam mit mehreren Kommunen bewältigen, statt allein. Diese Erkenntnis ist nicht neu, ihre unverminderte Aktualität zeigt sich auch in einigen Projekten der Fördermaßnahme. Wie der Einstieg in interkommunale Kooperation gelingen kann und welche organisatorischen Strukturen für eine Verstetigung geeignet sein könnten, wurde in Session 8 diskutiert.

KOMET: Dr. Thomas Scheller, Ilm-Kreis

Dr. Thomas Scheller berichtete von den Erfahrungen im Projekt **KOMET**, in dem sich acht Gemeinden aus dem Biosphärenreservat Thüringer Wald zusammen getan haben, um gemeinsam innovative Formen interkommunaler Kooperation zu entwickeln und umzusetzen. Die Sensibilisierung regionaler Stakeholder und der Bürgerschaft spielte dabei eine wichtige Rolle. Mittels partizipativer Methoden wie Dorfwerkstätten, Bürgermeisterdialoge und Runde-Tisch-Gespräche wurden potenzielle Themen und konkrete Projekte für die interkommunale Kooperation identifiziert. Die Handlungsfelder Leerstand, Mobilität sowie Arbeit und Ausbildung werden im Projekt vertiefend behandelt.

Es zeigte sich im Projekt, dass das Überwinden des Konkurrenzdenkens zwischen Kommunen ein langfristiger Prozess ist. Konfliktreiche und „von oben“ angeordnete Debatten, wie die von Landesseite angeschobene Diskussion über eine Gemeindegebietsreform, erschweren Ansätze der freiwilligen interkommunalen Zusammenarbeit.

KIF: Angelika Sack, Dr. Marta Jacuniak-Suda, Landkreis Nienburg/Weser

Die Kommunen des Landkreises Nienburg/Weser blicken auf eine langjährige Historie interkommunaler Kooperation zurück. Das Projekt **KIF**, in dem ein freiwilliger selbstverwalteter Fonds zur Innenentwicklung ins Leben gerufen wird, baut auf diesen Erfahrungen auf. Die Vertreterinnen der Landkreisverwaltung berichteten, wie im Rahmen eines Planspiels mit regionalen Entscheidungsträgern die Entscheidungsabläufe und Wirkmechanismen des Fonds erprobt und ausgelotet wurden.

Der Fonds ermöglicht den Kommunen neue Gestaltungsspielräume, er erfordert von allen Kommunen aber auch eine finanzielle Beteiligung. Dieser Eigenanteil könne die Verbundenheit der Beteiligten mit dem gemeinsamen Projekt und dessen Unterstützung sogar steigern, so die Vortragenden. Die gemeinsam getragene und priorisierte Finanzie-





Die Realisierung eines Schulumbaus in einer der Gemeinden ist ein Beispiel für die wachsende regionale Solidarität. In den verbleibenden Projektmonaten stehen nun Fragen der organisatorischen Einbettung des Fonds im Mittelpunkt.

Anhand der beiden Projekte wurden unterschiedliche Entwicklungsstadien interkommunaler Kooperation deutlich. Der Einstieg in interkommunale Kooperationen gelingt über praktische Modellprojekte mit greifbarem Mehrwert (z.B. sichtbarer Nutzen, erfolgreich eingeworbene Fördermittel) zu aktuellen dringlichen Themen. Bestehende Netzwerke und eine gemeinsame Problemwahrnehmung begünstigen die erfolgreiche Initiierung. Kaum zu unterschätzen ist das persönliche Engagement von Schlüsselakteuren wie z. B. Bürgermeistern.

Viele Ideen für interkommunale Projekte bestehen. Um sie umzusetzen und zu verstetigen, stellt sich regelmäßig die Frage organisatorischer Strukturen: Welche Organisationsformen und Trägerschaften sind geeignet, welche Entscheidungsabläufe sind angelegt, wie erfolgt die Finanzierung?

Verschiedene Organisationsformen der interkommunalen Kooperation sind denkbar: von Kooperationsvereinbarungen zwischen Kommunen über eingetragene Vereine bis hin zur Anstalt öffentlichen Rechts u.v.m. Welche geeignet ist, ist im Einzelfall zu prüfen. Diskutiert wurden zudem die Rollen von Landkreisen einerseits und Städten und Gemeinden andererseits. Angesichts unterschiedlicher Aufgabenzuschnitte (u.a. sind Landkreise auch Genehmigungsbehörde) und unterschiedlicher personeller Kapazitäten ist die Kooperation auf Augenhöhe keine Selbstverständlichkeit.

Der Aspekt der Finanzierung interkommunaler Kooperation zog sich als roter Faden durch die Session. Mehrfach wurde auf die Notwendigkeit, Fördermittel einzuwerben, hingewiesen, um damit Handlungsspielräume für innovative Ansätze jenseits des Tagesgeschäfts zu gewinnen. Ein Anliegen der Kommunen ist es, Fördertöpfe unterschiedlicher Ressorts kombinieren zu können. Zunehmend geraten auch andere Fördermittelgeber, wie z. B. Stiftungen, in den Blick.

Eine besondere Herausforderung stellen Handlungsfeld übergreifende, strategische Entwicklungsansätze dar, die über einzelne Projekte hinausgehen. Grundvoraussetzung dafür sind eine zumindest in Ansätzen vorhandenen regionale Identität und gemeinsame Zukunftsvorstellungen. Zudem stellt sich für Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Verwaltung angesichts begrenzter zeitlicher Ressourcen und der vielfältigen Aufgaben des Tagesgeschäfts regelmäßig die Frage nach dem Mehrwert und möglichst konkretem Nutzen solcher strategischen Abstimmungen.





Session 9: Verstetigung und Kontinuität

Auf welchen Wegen kann die dauerhafte Sicherung neu aufgebauter Kooperationen zwischen Kommune und Zivilgesellschaft gelingen?

Moderation: **Katrin Fahrenkrug**, Institut Raum & Energie

Die Verstetigung der Projekte über ihre begrenzte Förderlaufzeit hinaus ist eine Aufgabenstellung, die vor allem vor dem Hintergrund der großen Mühen vieler involvierter Akteure von Beginn an mitgedacht werden sollte. In vielen Projekten ist es harte Arbeit, das Vertrauen von Bürgerinnen und Bürgern zu gewinnen und sie zur Mitwirkung zu motivieren. Gerade vor diesem Hintergrund sollten die Projekte unbedingt weitergeführt werden.

CoProGrün: **Dr. Ulrich Häpke**, **Elisabeth Lux**, Regionalverband Ruhr

Im Verbundprojekt **CoProGrün** erhalten und gestalten Kommunen und Bürgerschaft gemeinsam in Co-Produktion einen Grünzug. Dabei kommt der Kooperation zwischen Akteuren aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft eine große Bedeutung zu. Aus dem Projekt lassen sich Erfolgsfaktoren für gelingende Kooperationen wie u.a. eigene Interessen, vorhandene Ressourcen, persönliche Kontakte zur Verwaltung, vermittelnde Einrichtungen und zuständige, feste Ansprechpartner ableiten. Hemmend wirken hingegen u.a. fehlendes Wissen, Überlastungen, politische Instrumentalisierungen und Widerstände in der Politik oder Verwaltung, zersplitterte Zuständigkeiten und personelle Veränderungen. Zur dauerhaften Verstetigung der Co-Produktion sind entsprechende Interessen und Ziele der Beteiligten, Kontakte und Vernetzung, ausreichende Ressourcen und Fähigkeiten sowie Kontinuität erforderlich.

TransformBar: **Frank Ulmer**, DIALOGIK gemeinnützige Gesellschaft für Kommunikations- und Kooperationsforschung mbH

Im Verbundprojekt **TransformBar** werden zwei mögliche Formen der Verstetigung angestrebt: Auf der einen Seite wird nach Möglichkeiten einer Verstetigung innerhalb der Kommune gesucht. So wurden beispielsweise für die Stadt Treuenbrietzen Prinzipien für die Einwohnerbeteiligung aufgestellt. Auf der anderen Seite wird Verstetigung angestrebt, indem andere Kommunen zur Nachahmung des Projektansatzes animiert werden. Hierfür bietet **TransformBar** auf der Webseite www.zukunftskommunen.de inspirierende Beispiele aus Kommunen und Formate für die partizipative und nachhaltige Umsetzung von Projekten als Werkzeuge für andere Kommunen.

In der abschließenden Diskussion wurde herausgestellt, dass es einige Grundvoraussetzungen für das langfristige Gelingen von Projekten gibt, die schwer zu beeinflussen sind. Dazu gehört zum Beispiel eine interessierte und motivierte Einzelperson in der Kommune, die auch über die Förderlaufzeit hinaus Verantwortung für das Projekt übernimmt. Aus finanziellen Gründen gestaltet sich gerade dieser Faktor oft schwierig. Eine vertrauenswürdige Beteiligungskultur in der Zivilgesellschaft ist Grundlage für die langfristige Mitwirkung zivilgesellschaftlicher Akteure. Ist diese nicht vorhanden, sollte einen Schritt





zurück gegangen werden und zunächst an diesem Problem gearbeitet werden, bevor weiterführende Herausforderungen angegangen werden. Als maßgeblicher Faktor für die langfristig erfolgreiche Implementierung eines Projekts wird immer wieder Zeit genannt.

Abschließend stellten die Teilnehmenden fest, dass es struktureller Veränderungen auf ministerieller Ebene bedarf, um eine Verstetigung der begonnen Projekte zu gewährleisten. Für diesen Zweck soll ein Forderungskatalog erstellt werden.

Session 10: Regionaler Arbeitsmarkt

Wie können zukunftsfähige Betriebe, Ausbildungsangebote und Arbeitsplätze vor Ort gesichert und gestärkt werden?

Moderation: [Julia Diring](#), [Deutsches Institut für Urbanistik](#)

In Session 10 „Regionaler Arbeitsmarkt“ wurden Ansätze für eine zukunftsfähige Gestaltung regionaler Arbeitsmärkte diskutiert. Der demografische Wandel wirkt sich auf die Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt aus. Vor dem Hintergrund einer alternden (weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter) und weniger werdenden (vor allem junge Menschen ziehen auf der Suche nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in die Ballungsräume) Bevölkerung, stellen sich einige der „Kommunen innovativ“-Vorhaben die Frage, wie Betriebe, Ausbildungsangebote und Arbeitsplätze in ländlichen Regionen gesichert bzw. neu geschaffen werden können.

MIGOEK: [Prof. Dr. Jörg Lahner](#), [Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim \(HAWK\)](#)

Im Verbundvorhaben **MIGOEK** untersucht die HAWK gemeinsam mit den Landkreisen Cloppenburg, Holzminden und Werra-Meißner-Kreis, wie Potenziale migrantischer Unternehmerinnen und Unternehmer für die Entwicklung ländlicher Regionen genutzt werden können. Ziel ist es, die Zugänge zu Beratungsangeboten, Verwaltung, Unternehmensnetzwerken und Verbänden für die Zielgruppe zu verbessern und die interkulturelle Kompetenz und Öffnung von Verwaltung und Wirtschaftsorganisationen zu steigern.

JuMoWestküste: [Andrea Richter](#), [Kreis Dithmarschen](#)

Im Verbundvorhaben **JuMoWestküste** rückt die Zielgruppe der Jugendlichen in den Fokus. Vier Landkreise in Schleswig-Holstein entwickeln gemeinsam ein Modell, um Schulabgängern und Studierenden einen Karrierestart in der Region zu ermöglichen und dabei Fachkräfte in der Region zu halten. Ausgangspunkt des Modells ist ein kreisübergreifendes Netzwerk aller Akteure in den Bereichen Ausbildung und Beruf. Die vielfältigen beruflichen Angebote aus dem Netzwerk werden zusammengetragen und in einer Praktikumsdatenbank gebündelt. Dort stehen sie jungen Menschen in der Region als ein um-





fangreiches Informationsangebot über Berufsfelder und Karriere-Chancen in der Region zur Verfügung.

Flächenmanagement: Matthias Riepe, oleg Osnabrücker Land-Entwicklungsgesellschaft mbH

Im Fokus des Verbundvorhabens **Flächenmanagement** steht die nachhaltige Nutzung von Gewerbeflächen im Landkreis Osnabrück. In zwei Gemeinden werden über ein Monitoringsystem Veränderungen in der Unternehmenslandschaft erkannt, somit wird frühzeitig auf freiwerdende Gewerbestandorte hingewiesen. Ergänzend bietet eine zentrale Koordinationsstelle Beratungs- und Unterstützungsangebote für Unternehmer, die für ihren Betrieb einen Nachfolger suchen bzw. eine neue Nutzung des Standorts anstreben.

Diskussion

In der anschließenden Diskussion zu erfolgversprechenden Ansätzen zur Stärkung regionaler Arbeitsmärkte rückte die Bedeutung von Koordinationsstellen und passenden Beratungsangeboten für unterschiedliche Zielgruppen in den Fokus. Die Teilnehmenden beschrieben, dass eine Vielzahl von Akteuren bereits umfangreiche Angebote bereitstellen. Eine Konkurrenz unter den Akteuren im Hinblick auf die Vermarktung der „eigenen“ Angebote und Vorbehalte gegenüber neuen Angeboten erschweren die Verankerung neuer Strategien. Oftmals fehle es an Vernetzung und Abstimmung – es komme teilweise zu Dopplungen und unklaren Zuständigkeiten. Eine wichtige Funktion komme daher sogenannten „Schnittstellenmanagern“ zu. Sie vernetzen Akteure und bestehende Angebote miteinander und schaffen unter den Multiplikatoren mehr Aufmerksamkeit und Bewusstsein füreinander. Auf unterschiedliche Zielgruppen angepasste Beratungsangebote wurden ebenfalls als ein wichtiger Baustein genannt. Hier gelte es vor allem, die Aufmerksamkeit für vorhandene Beratungsangebote zu erhöhen. Dafür seien sowohl die richtigen Kanäle zu bespielen als auch die passenden Zeitpunkte zu wählen.

Die Teilnehmenden stimmten darin überein, dass neue Ansätze und Angebote vorhandene Potenziale der Zielgruppen adressieren und unterstützen werden. Als Schwerpunkt wurde in der Diskussion die Gruppe der Zuwanderer angeführt. Neue Wege in der Ansprache (z.B. WhatsApp) helfen, die Zielgruppe zu erreichen. Verwiesen wurde darauf, dass die Zugänge zu den vielfältigen Beratungsangeboten für Menschen mit Migrationshintergrund verbessert werden und vermehrt persönliche Angebote – mit „einem Gesicht“ – geschaffen werden sollten.

Wie können die Strategien und Ansätze zur Stärkung regionaler Arbeitsmärkte langfristig in den Kommunen verankert werden? Wichtige Faktoren für die Verstetigung der Projekte wurden darin gesehen, neue Ansätze an bestehende Angebote anzuknüpfen, frühzeitig verlässliche Partnerschaften mit den lokalen Akteursnetzwerken aufzubauen und die Ideen dort zu verankern. Wenn Projektideen auf den Kerninhalt reduziert werden, erhöhe sich die Chance, dass die Ansätze nach Ende des Förderzeitraums fortgeführt





werden. Ebenso sollten frühzeitig Anschlussfinanzierungen (z.B. LEADER) identifiziert und ggf. erschlossen werden.

Um den Ergebnistransfer aus den Projekten zu befördern, wird die Einrichtung einer Transferstelle „Arbeit in ländlichen Räumen“ vorgeschlagen. Eine Transferstelle ermöglichte, die zentralen Ergebnisse (z.B. die Bedeutung von Schnittstellenmanagern) zu sammeln und zu verbreiten. Zudem sollten neue Formate für den Ergebnistransfer entwickelt werden – neben klassischen Publikationen sind auch interaktive Formate denkbar.

Session 11: Lebensqualität im Bestand

Mit welchen Strategien kann erfolgreich für eine nachhaltige Innenentwicklung sensibilisiert werden?

Moderation: [Julia Reiß & Teike Scheepmaker](#), Institut Raum & Energie

Es liegt eine Vielzahl an Instrumenten zum Umgang mit Fläche und zur Stärkung der Innenentwicklung vor. Demgegenüber steht die Erkenntnis, dass es an einem generellen Bewusstsein in der Bevölkerung und der Politik über die Potenziale der Innenentwicklung fehlt. Daher ist das Thema Bewusstseinsbildung eine entscheidende Stellschraube, um allen Akteuren die Potenziale der Innenentwicklung aufzuzeigen. Mittels unterschiedlicher Strategien – Kommunikations- und Sensibilisierungsstrategien, Visualisierung und/oder Monitoring - können Akteure gezielt angesprochen und für eine erfolgreiche Innenentwicklung sensibilisiert werden.

30

AktVis: [Martina Dettweiler](#), [Lena Spatz](#), Technische Universität Darmstadt

Das Projekt **AktVis** möchte in drei hessischen Gemeinden gemeinsam mit der Bevölkerung ihre innerstädtischen Brachflächen, Leerstände und Ortszentren wiederbeleben und weiterentwickeln. Eine schnellere Umsetzung von Maßnahmen wurde in Gemeinden mit hohem lokalem Gemeinschaftssinn festgestellt, so [Martina Dettweiler](#) und [Lena Spatz](#). Die Aktivierung und Sensibilisierung der Bevölkerung erfolgen auf unterschiedlichen Kanälen (z.B. Sprayaktion, Workshops, Öffentlichkeitsarbeit). Der Einsatz des Multitouch-Tisches und der WebGIS-Plattform ist ein vielversprechender Ansatz zur Aktivierung von Flächen und Bürgerdialog, so [Martina Dettweiler](#).

Ortsinnenentwicklung: [Otfried Herling](#), Stadt Butzbach

Mit der Anpassung von vorhandenen Planungsinstrumenten an lokale Gegebenheiten will **Ortsinnenentwicklung** in Gemeinden im hessischen Wetterau-Kreis mehr Lebensqualität in ihren Zentren schaffen. Das Bewusstsein in der Bevölkerung wird auch hier mit verschiedenen Formaten (z.B. Workshops, Steuerungsgruppen, Pilotprojekte, Multiplikatoren) geschaffen. [Otfried Herling](#) weist darauf hin, dass eine dauerhafte Verankerung der Strategien der Innenentwicklung über stetige Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit funktionieren kann und muss. Ebenso sollten Unterstützungsstrukturen und Netz-





werke aufgebaut sowie abgestimmte Strategien auf unterschiedlichen Ebenen etabliert werden.

Die Teilnehmenden der Session verwiesen auf unterschiedliche Hemmfaktoren einer nachhaltigen Innenentwicklung:

- » vorhandene Flächen im Außenbereich, bei gleichzeitiger kleinteiliger Parzellierung im Innenbereich
- » fehlende Rentabilität von Investitionen/Umbaumaßnahmen
- » EigentümerInnen Ansprüche und Bedarfe an und Identifikation mit der Immobilie
- » fehlendes Bewusstsein, Motivation, Ideen und mangelhafte Unterstützungsstrukturen für EigentümerInnen und Politik
- » fehlende rechtliche und finanzielle Instrumente der Kommune/Kreis/Land
- » rechtliche Vorgaben (z.B. Denkmalschutz, Erbpacht, etc.)
- » Konkurrenzgedanke unter Kommunen und fehlende Bereitschaft zur interkommunalen Zusammenarbeit

Folgende Erfolgsfaktoren können zur Sensibilisierung der Innenentwicklung beitragen:

- » Bewusstseinsbildung durch Information, Visualisierung, Ansprache und Beratungsangebote
- » Bürgerbeteiligung ermöglichen
- » Aufzeigen der geringen Folgekosten für Gemeinden (z.B. Infrastruktur)
- » Multiplikatoren gewinnen, Netzwerke schaffen und interkommunale Zusammenarbeit fördern
- » Leitbilder überarbeiten und/oder erstellen
- » gute Beispiele anführen (z.B. Arbeitsgemeinschaft Deutsche Fachwerkstädte e.V.)

Die Diskussion machte deutlich, dass neben und nach der Sensibilisierung der Übergang zum Handeln ein weiterer wichtiger Schritt ist. Ein (Gemeinde-)Kümmerer, als „Brückenbauer“ und „Vernetzer“ vor Ort, ist eine wichtige Stellschaube bei der Umsetzung. Dies kann auch ein qualifizierter Verwaltungsapparat und/oder Ehrenamtler sein. Die Teilnehmenden wiesen auf weitere wichtige Schritte bei der Umsetzung hin:

- » Erstberatung für eine gemeinsame Idee
- » begleitende Beratungsangebote u.a. zum Planungs-, Eigentums- und Steuerrecht
- » Unterstützung im Projektmanagement
- » Finanzierungs- und Förderungsmöglichkeiten





Diese Aspekte sind, abhängig von der Größe der Kommune, von der Verwaltung oder einer neutralen Instanz (z.B. externes Planungsbüro) zu leisten.

Session 12: Daten und Prognosen

Welches innovative Datenmanagement ist notwendig, um kommunale und regionale Entwicklung zukunftsfähig zu steuern?

Moderation: **Lutke Blecken**, Institut Raum & Energie

Belastbare Informationen, z.B. zu Bevölkerungsbewegungen, zur Wohnbauentwicklung und zur künftigen Auslastung von Infrastrukturen sind wichtig, um rechtzeitig planerisch auf Veränderungen reagieren zu können, die mit dem demografischen Wandel einhergehen. Daher entwickeln und testen verschiedene Projekte im Rahmen von „Kommunen innovativ“ Entscheidungsunterstützungssysteme für unterschiedliche Akteure auf kommunaler und regionaler Ebene. Sie analysieren die vergangene Entwicklung und generieren Prognosen bzw. Szenarien der künftigen Entwicklung. Jedes Tool nutzt eine Vielzahl von Daten, für die entsprechende Datenmanagementsysteme entwickelt werden müssen.

KomMonitor: **Prof. Dr. Ulrike Klein**, Hochschule Bochum

Im Projekt **KomMonitor** wird in den beiden Städten Essen und Mülheim an der Ruhr ein Monitoring-System aufgebaut, um demografische Veränderungen frühzeitig zu erkennen und ihre Auswirkungen auf Wohnen, Umwelt und die soziale Struktur der Städte abschätzen zu können. Bisher erfolgt in den Stadtverwaltungen organisatorisch bedingt eher eine sektorale Betrachtungsweise dieser Fragestellungen und Datengrundlagen liegen fragmentiert und heterogen vor. Wechselwirkungen und Abhängigkeiten werden daher nur projekthaft betrachtet. Das Monitoring-System soll Daten verschiedener städtischer Fachbereiche zentral zusammenführen und über Indikatoren eine Querschnittsbetrachtung ermöglichen. Damit soll eine Planungs- und Entscheidungsgrundlage für die tägliche Arbeit der Verwaltung entstehen, um städtische Maßnahmen fachübergreifend steuern und koordinieren zu können.

WEBWiKo: **Bernd Kramer**, regio gmbh, **Thomas Handke**, ILS Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung

Im Projekt **WEBWiKo** wird im Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen mit 28 Städten und Gemeinden ein interaktives Planungstool entwickelt und erprobt, mit dessen Hilfe Auswirkung des demografischen Wandels auf den Wohnungsmarkt, auf soziale Infrastruktur und auf die Siedlungsflächenentwicklung simuliert und kalkuliert werden. Basis ist eine kleinräumige Bevölkerungsprognose, von der Wirkungsszenarien abgeleitet werden, z.B. zur Unterstützung der Kita-Bedarfsplanung. Die Daten und Ergebnisse werden u.a. über ein Dashboard mit einem niedrigschwelligen Zugang und leichter Bedienbarkeit für kommunale Akteure und die Öffentlichkeit bereitgestellt.



In der Diskussion wurde für ein Datenmanagement, das dazu beitragen kann, kommunale und regionale Entwicklung zukunftsfähig zu steuern, v.a. empfohlen, Daten zentral zusammenzuführen, Möglichkeiten einer eigenständigen technischen Wartung und Betreuung sowie Weiterentwicklung durch die Anwender/Kommunen zu schaffen sowie ihre Verwaltung durch einen „Datenkümmerer“ auf personeller Ebene zu verstetigen. Über die Projekte hinaus wurde angeregt, Geodaten weiter zu standardisieren und entsprechende technische Plattformen zu schaffen.

Hinsichtlich der Erarbeitung sowie Nutzung von Prognosen und Szenarien wurde die Kommunikation und die Einbindung von Praxis- und Erfahrungswissen betont. Weiterhin gilt es, Zielkonflikte (Beispiel Kita-Planung) zu berücksichtigen ebenso wie Wechselwirkungen zwischen Prognosen und Planungen. Auf Prognosen kann durch Planungen und politische Entscheidungen reagiert werden, was zur Folge haben kann, dass diese nicht eintreffen.

Für die weitere Arbeit im Rahmen der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ werden folgende Anregungen gegeben:

- » Austausch mit der BMBF-Fördermaßnahme „Stadt-Land-Plus“, in der mehrere Verbundprojekte Monitoringsysteme erarbeiten
- » Workshop zum Thema „Datenschutz“ mit externem Fachinput
- » fachlicher Input aus „Kommunen innovativ“ bezüglich der inhaltlichen Ausgestaltung einer möglichen BMBF-Fördermaßnahme „Digitalisierung“, z.B. hinsichtlich eines Aufbaus von bundes- oder landesweiten Datenplattformen
- » Ansätze zur Verstetigung der Projekte

Session 13: Wasser, Abwasser, Energie

Welche Organisations- und Managementmodelle technischer Infrastruktur tragen zu mehr Lebensqualität in schrumpfenden Regionen bei?

Moderation: **Dr. Stephanie Bock**, Deutsches Institut für Urbanistik

Thematischer Fokus dieser Session waren neuartige Lösungsansätze zur Bewältigung der Herausforderung, angesichts des demografischen Wandels weiterhin gleichwertige Lebensverhältnisse in ländlicheren Regionen zu sichern. Die beiden Vorhaben **NoLA** und **lebensWert** befassen sich vor diesem Hintergrund mit den Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs auf technische Infrastrukturen. Dabei geht es ihnen nicht um technische Lösungen, sondern um Aspekte der Steuerung (Governance), um Organisationsstrukturen und Gesetzesgrundlagen. Sie greifen die besonderen Herausforderungen auf, die sich bei der Planung netzgebundener Infrastrukturen, u.a. in der Siedlungswasserwirtschaft, stellen. Von flexibleren technischen Systemen wird nicht nur eine effektivere Nutzung der Ressourcen erwartet, auch interkommunale und regionale Organisation soll



die Gemeinden dazu befähigen, ihre Situation nachhaltig zu verbessern. In der Entwicklung und Erprobung neuer Ansätze nehmen die beiden Vorhaben unterschiedliche räumliche Ebenen in den Blick.

NoLA: Mario Wolf, Bauhaus-Universität Weimar

Mario Wolf erläuterte den Ansatz von **NoLA** (Neuorganisation ländlicher Abwasserentsorgung). Erforscht wird, welcher rechtliche und finanzielle Rahmen für ein Abwassersystem notwendig ist, das Ressourcen nutzt und nachhaltigen Gewinn bringt. Ein Fokus liegt auf der Entwicklung eines Ansatzes zur Neuorganisation der Abwasserzweckverbände auf regionaler Ebene. Vorgestellt wurden hierfür zwei bereits mit dem Abwasserverband diskutierte Möglichkeiten: ein Kooperations- und ein Betreibermodell.

lebensWert: Dr. Martin Zimmermann, ISOE – Institut für sozialökologische Forschung

Dr. Martin Zimmermann stellte das Vorhaben **lebensWert** (Lebenswerte Kleinstädte im demografischen Wandel – Lebensqualität durch ein sektorenübergreifendes interkommunales Entwicklungsmanagement) vor, in dessen Rahmen ein gemeindeübergreifendes ganzheitliches Managementkonzept zur vorausschauenden Gestaltung von Wohnraum, Umfeld und technischer Infrastruktur entwickelt und erprobt wird. Einen Schwerpunkt bildet dabei die Anpassungen der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung. Im Rahmen des Entwicklungsmanagements wird u.a. ein Forum für strategischen Austausch etabliert. Bürgermeister, Zweckverbandsvorsteher, Amtsleiter, technische Leiter der Stadtwerke und Zweckverbände etc. kommen regelmäßig zum strategischen Austausch sowie zum Wissens- und Erfahrungstransfer zwischen Entscheidungsträgern und leitendem Personal zusammen. Angedacht ist zudem in einer zweiten Stufe der Aufbau eines Dienstleistungspools zur gegenseitigen Unterstützung der Kommunen mit materiellen und personellen Leistungen. Gedacht ist u.a. an den Verleih von Werkzeugen oder Maschinen, an Urlaubs- und Krankheitsvertretungen und Leistungen wie Kanalspülungen.

Diskussion

Trotz unterschiedlicher Handlungsebenen – der Zweckverband bei **NoLA** und die Region bei **lebensWert** – zeigte die Diskussion, dass interkommunale Kooperation, die Kooperation von öffentlichen und privaten Akteuren sowie die Überwindung der sektoralen Betrachtung von Versorgungs(infra)strukturen in beiden Ansätzen Schlüssel der Veränderung sind. Bestätigt wurde in der Diskussion, dass es kein allgemein übertragbares Organisationsmodell geben könne, dies gelte für beide Ebenen gleichermaßen. Auch wenn beide Vorhaben mit Kommunen in ländlichen Regionen kooperieren und dezentrale Lösungen vor allem hier greifen, könnten die Lösungsansätze auch für Neubaugebiete in städtischen Räumen relevant sein. Anders gestalte sich die Anpassung von Bestandsquartieren, für die es weitergehender Forschung und Entwicklung bedürfe. Ob die entwickelten Lösungen für die Siedlungswasserwirtschaft auch auf eine zukunftsfähige Gestaltung sozialer Infrastruktur übertragbar sind, konnte in der Diskussion nur noch angedeutet werden. Deutlich gemacht wurde, dass es zumindest lohnenswert sei, dies intensiver zu diskutieren.





Session 14: Soziale Einrichtungen

Wie können gesellschaftliche Dienstleistungen gemeinschaftlich organisiert und finanziert werden?

Moderation: Jan Abt, Deutsches Institut für Urbanistik

Der demographische Wandel bedeutet eine Veränderung der Alters- aber auch der Sozialstruktur in den Kommunen. Beides führt zu einer veränderten Nachfrage der sozialen Infrastruktur, deren Angebote entsprechend angepasst und deren baulich-räumliche Situationen häufig verändert werden müssen. Diese Anpassungsprozesse erfolgen unter veränderten – in der Regel verschlechterten – finanziellen Rahmenbedingungen. Hierbei können unterschiedliche Strategien verfolgt werden, die von der Schließung von Angeboten, über Effizienzsteigerung und Kosteneinsparungen, der Erhöhung der Auslastung und der Einnahmen durch Gewinnung neuer Nutzergruppen, der räumlichen Zusammenlegung unterschiedlicher sozialer Angebote bis hin zur Verstärkung des ehrenamtlichen Engagements reichen.

Große Hoffnungen werden unter anderem mit dem letztgenannten Ansatz eines verstärkten bürgerschaftlichen Engagements verbunden. Dies erfolgt unter dem veränderten Verständnis, dass sich Städte und Gemeinden gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort – den Vereinen, Verbänden, Kirchen – als „sorgende Gemeinschaften“ neu zusammenfinden. Mit der Frage, was in diesem Zusammenhang leistbar ist und wie Organisations- und Finanzierungskonzepte zukünftig aussehen können, beschäftigen sich in der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ insbesondere die drei Verbundvorhaben **DeWak**, **KuDeQua** und **KoDa_eG**.

35

DeWak: Hermann Rappen, RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Im Projekt **DeWak** erforscht das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung zusammen mit der TU Dortmund und der International School of Management in der Stadt Herten und dem Ennepe-Ruhr-Kreis neue Organisations- und Finanzierungsmodelle für zwei soziale Einrichtungen. Diese beiden Modell-Einrichtungen sollen zukünftig durch freie soziale Träger betrieben werden. Untersucht wird, wie private Ressourcen und bürgerschaftliches Engagement aktiviert werden können, wie zwischen verschiedenen sozialen Trägern in einem Haus Synergien entstehen und wie eine solche, von vielen Akteuren getragene Einrichtung, langfristig gesichert werden kann.

KuDeQua: Dajana Schlieter, Institut Arbeit und Technik

Das Institut Arbeit und Technik arbeitet gemeinsam mit der Stadt Dortmund und der NRW.BANK im Projekt **KuDeQua**. Ziel des Projektes ist es, Versorgungslücken von gesellschaftlich notwendigen Dienstleistungen am Beispiel der Dortmunder Stadtteile Marten und Eving zu identifizieren. Gemeinsam mit den Menschen vor Ort sollen neue Dienstleistungsangebote entwickelt werden, um diese Lücken zu schließen. **KuDeQua** richtet dabei den Blick auf bestehende Förder- und Finanzinstrumente für gemeinschaftliche Dienstleistungen, die nicht primär gewinnorientiert sind.





KoDa_eG: Florian Wernicke, zze – Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung

Ganz konkret mit dem spezifischen Finanzierungs- und Organisationsinstrument der Bürgergenossenschaften beschäftigt sich das Projekt **KoDa_eG**. Koordiniert wird der Forschungsverbund vom Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) in Freiburg. Gemeinsam mit dem Beratungsinstitut SPES und vier Gemeinden werden Bürgergenossenschaften als Organisationsform für soziale und kulturelle Daseinsvorsorge praktisch erprobt.

Diskussion

In der Diskussion wurde deutlich formuliert, dass Daseinsvorsorge und Leistungen zur Aufrechterhaltung sozialer Angebote eine zentrale Aufgabe der Kommune sind. Die Betonung und Stärkung des Ehrenamts darf daher nicht dazu führen, dass sich Kommunen aus der Verantwortung ziehen. Dennoch werden gerade für kleinere Gemeinden in diesem Kontext Probleme diagnostiziert – dies kann im Einzelfall dahin gehen, dass selbst Beratungsleistungen, die beispielsweise durch das Projekt **DeWaK** mit einer Handreichung unterstützt werden sollen, nicht angeboten werden können.

Die Erfahrung aus den Projekten zeigt, dass für eine Aktivierung und Kooperation unterschiedlicher Akteure häufig ein gewisser Problemdruck erforderlich ist. Um bereits präventiv zu arbeiten, muss ein sich abzeichnendes Problem in Form von Prognosen und Szenarien aufbereitet und kommuniziert werden.

Um soziale Infrastruktur tragfähig zu gestalten, verfolgen einige Projekte die Strategie, verschiedene Angebote und Träger in einer räumlichen Einheit zusammenzuführen, was Synergien, optimale Raumauslastung, flexible Anpassung an aktuelle Nachfrage sowie bessere Außendarstellung ermöglicht. Dabei wird ein besonderer Blick auf die Mischung von etablierten und großen sowie neuen und kleineren Initiativen gelegt sowie gleichzeitig versucht, Finanzierungsquellen zu mischen und auch Angebote zu integrieren, die Marktleistungen erbringen (z.B. Café, (Secondhand-)Laden). Diese Zusammenführung gestaltet sich in der Praxis jedoch häufig mühsam: Mitunter bestehen Animositäten zwischen Trägern oder es werden Konkurrenzen um Ressourcen (z.B. Finanzierung, Anerkennung, Wahrnehmbarkeit) befürchtet. Als zwingend erforderlich erachtet wird eine gezielte Ansprache sowie eine Koordination und Moderation dieses Prozesses, die auch Anreize schafft und mögliche Mehrwerte vermittelt. Erforderlich erscheint auch eine „Übersetzung“ abstrakter Organisationsmodelle für Akteure der Zivilgesellschaft, die von einer verantwortlichen Stelle geleistet werden muss. In diesem Zusammenhang wurde der Begriff des „Vertrauens“ in der gemeinsamen Diskussion betont, der für alle drei Projekte gleichermaßen eine zentrale Rolle einnimmt – so sollen Akteure für die Vorteile einer gemeinsam genutzten Einrichtung interessiert, für eine neue Organisationsform aufgeschlossen oder für Eigeninitiative begeistert werden. Dieses Vertrauen entwickelt sich jedoch nur in einem ausreichenden zeitlichen Rahmen, der in der Projektkonzeption häufig unterschätzt wurde. Von Seiten der Projekte wurde daher die Empfehlung ausge-





sprochen, in der eigenen Arbeit – falls erforderlich – nachzujustieren und zu prüfen, ob eine Veränderung in der Projektkonzeption erforderlich ist.

Für eine Verstetigung bzw. eine Übertragbarkeit der Ansätze müssten gleichsam entsprechende Verantwortlichkeiten in der Kommune festgelegt werden. Hier ist u.a. die kommunale Stadtentwicklung prädestiniert, die Funktion einer kommunikativen Schnittstelle einzunehmen.

Gewarnt wurde vor der Hoffnung, dass soziale Angebote durch eine organisatorische Optimierung und dem Heben von Synergien langfristig gänzlich ohne finanzielle Unterstützung tragfähig sind. Soziale Dienstleistungen, die gemeinwohl- und nicht gewinnorientiert sind, brauchen eine Finanzierungsbasis, die durch Projektförderung geleistet werden kann, in dieser Form jedoch in der Regel keine langfristige Stabilität ermöglicht.





Impressionen der Veranstaltung



38





Abschlussdiskussion:

Wie geht es weiter, wie schaffen wir Verstetigung?

Ein wichtiges Ziel der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ ist es, dauernde Ergebnisse für reale Herausforderungen vor Ort zu entwickeln. Im Schulterschluss von Kommunen, Zivilgesellschaft und Forschungseinrichtungen werden neue Lösungen entwickelt, in der Praxis erprobt und verstetigt. Vor diesem Hintergrund diskutierten vier Vertreterinnen und Vertreter aus Verbundprojekten ihre Erfahrungen auf dem Weg zur Verstetigung ihrer Projektideen. Moderiert von [Dr. Stephanie Bock](#), Deutsches Institut für Urbanistik, reflektierten sie, in welcher Form die Ergebnisse in den Kommunen weiterentwickelt und die Instrumente langfristig gewinnbringend eingesetzt werden sowie welche Rahmenbedingungen hierbei unterstützen können. Auf dem Podium diskutierten:

- » [Dr. Martin Zimmermann](#), Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) (Projekt **lebensWert**)
- » [Dr. Peter Schaal](#), Carl von Ossietzky Universität Oldenburg (Projekt **WatNu?**)
- » [Kirsten Maier](#), Abwasserzweckverband Nordkreis Weimar / Bauhaus-Universität Weimar (Projekt **NoLA**)
- » [Felix Brückner](#), Stadt Dortmund – Amt für Angelegenheiten des Oberbürgermeisters und des Rates (Projekt **KuDeQua**)

39

Verstetigung konkret

Die ersten Projekte der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ enden bereits Ende 2018 sowie im Frühjahr 2019, so dass sich die Frage stellt: Was bleibt? Wie geht es in den Projektkommunen nach dem Ende des Vorhabens weiter? Die Möglichkeiten einer Verstetigung ihrer Projektergebnisse beurteilten die Podiumsteilnehmerinnen und Podiumsteilnehmer unterschiedlich.

Im Projekt **NoLA** sind die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen für die Implementierung eines kreislaforientierten Abwassersystems geschaffen und neue Kooperationsstrukturen entstanden. Dennoch bleibt zum gegenwärtigen Zeitpunkt offen, ob eine nachfolgende Umsetzung auch ohne weitere Unterstützung durch den Forschungspartner erfolgen kann.

Im Projekt **lebensWert**, in dem formelle und informelle Formen der Zusammenarbeit in unterschiedlichen thematischen Feldern wie Wasser, Wohnen und Nahraum erprobt wurden, konnte u.a. das „Forum Wasser“ neu etabliert werden. Das informelle Forum, an dem Vertreterinnen und Vertreter mehrere Kommunen beteiligt sind, setzt sich mit strategischen Fragen der Siedlungswasserwirtschaft auseinander. Der geringe Ressour-



ceneinsatz und die Möglichkeit zur Selbstorganisation erleichtern die Fortführung dieses Netzwerkes über das Ende der Projektlaufzeit hinaus. Auch die im Zuge des Vorhabens neu eingerichtete kommunale Koordinierungsstelle soll gesichert werden und die Projektarbeit weiterführen.

Als neues methodisches Element wurde im Projekt **WatNu?** ein Reallabor durchgeführt, um Bürgerinnen und Bürger stärker in die Gemeindeentwicklung einzubinden. Mit vielfältigen Beteiligungsformaten wurden Bürgerinnen und Bürger aktiviert und bürgerschaftlich getragene Projekte ins Leben gerufen. Das Format ist mittlerweile vor Ort erprobt und anerkannt, für eine dauerhafte Fortführung braucht es jedoch eine zentrale Anlaufstelle und Koordination. Die Wissenschaft sieht bisher keine Ansätze, das Format „Reallabor“ langfristig ohne externe Unterstützung zu verstetigen.

Verstetigung bildet im Projekt **KuDeQua** einen zentralen Ausgangspunkt – sowohl inhaltlich wie strukturell. Inhaltlich steht die Nachhaltigkeit sozialer Dienstleistungen im Quartier im Mittelpunkt. Im Projekt werden Ideen gemeinsam mit der Zivilgesellschaft entwickelt und so konzipiert, dass sie über die Projektlaufzeit hinaus weitergeführt werden.

KuDeQua ist ein Teilprojekt des Dortmunder Projekts „Nordwärts“. So sind die Ergebnisse aus **KuDeQua** unmittelbar in bereits bestehende Strukturen eingebunden. Diese Anbindung stellt insbesondere für Großstädte ein mögliches Modell der Verstetigung dar und kann helfen, Projektergebnisse nachhaltig zu sichern.



Von links nach rechts: Felix Brückner (Stadt Dortmund, KuDeQua), Dr. Peter Schaal (Universität Oldenburg, WatNu?), Dr. Stephanie Dock (Difu, KomKomIn), Kristen Maier (Universität Weimar, NoLA), Dr. Martin Zimmermann (ISOE, lebensWert)



Die Verantwortung der Wissenschaft

Die Verstetigung von Projektergebnissen erfolgt vor Ort in den Kommunen. Dabei stellt sich die Frage, welche Verantwortung der Wissenschaft als Partner in einem gemeinsamen Forschungsprozess für die Verstetigung zukommt.

Die Podiumsteilnehmenden formulierten den Anspruch, sich als Wissenschaft auch mit den Beschränkungen der Praxis – begrenzte Ressourcen und lokalpolitische Hemmnisse – auseinanderzusetzen. Nicht alles, was aus wissenschaftlicher Sicht erstrebenswert ist, kann vor Ort auch realisiert werden. Diese Rückkopplung kann Wissenschaft darin unterstützen, praxisrelevante Ergebnisse zu entwickeln. Gleichzeitig bietet sich für die kommunale Praxis die Chance, sich durch die Wissenschaft inspirieren zu lassen und aus ihren gewohnten Denkmustern herauszutreten.

Grenzen einer Verstetigung vor Ort sahen die Podiumsteilnehmenden vor allem in der zeitlich begrenzten Projektförderung und den häufig aufwändigen Verfahren, um Prozesse vor Ort anzustoßen. Diskutiert wurden in diesem Zusammenhang auch Alternativen zu einer dreijährigen Projektlaufzeit, wie beispielsweise eine zweistufige Förderung, bestehend aus zwei Jahren Forschung und Vorbereitung mit nachfolgender dreijähriger wissenschaftlich begleiteter Erprobung der Ansätze in den Kommunen. Auf diese Weise könnte der Komplexität transdisziplinärer Forschung mit ihren notwendigen Verständigungsprozessen besser entsprochen und nachhaltigere Lösungen entwickelt werden.

In der Diskussion auf dem Podium wurde auch auf die Bedeutung einer klaren Rollenklärung in transdisziplinären Forschungszusammenhängen hingewiesen. Die Zwänge, denen Wissenschaft unterliegt, sind deutlich zu kommunizieren, und Erwartungen an eine Lösungskompetenz der Wissenschaft realistisch zu begrenzen. Insbesondere in Hinblick auf eine spätere Verstetigung ist es wichtig, bereits zu Beginn eines gemeinsamen Projekts die Rollen der einzelnen Projektpartner zu definieren und die Erwartungshaltungen der Partner realistisch zu betrachten. Empfehlenswert ist zudem, die Übergabe der Verantwortung für die Weiterführung der Projektansätze von den Wissenschafts- auf die Praxispartner frühzeitig zu organisieren. So kann ein, durch den Rückzug des wissenschaftlichen Partners, entstehender Bruch in der Projektorganisation vermieden werden.

Aus dem Publikum wurde ergänzt, dass sich Überlegungen zur Verstetigung nicht auf die Projektarbeit, sondern auf die entstandenen Innovationen vor Ort richten. Dies könne z.B. durch die Einbindung in neue, aber auch in bestehende Strukturen vor Ort erfolgen. Mit Blick auf die kommunalen Ressourcen zeige sich aber auch, dass nicht alle Lösungsansätze vor Ort weitergeführt werden können. Vor allem Kommunen, die in besonderer Weise mit den Folgen des demographischen Wandels umgehen müssen, brauchen weitergehende Unterstützung, etwa über eine Förderung der Fachministerien von Bund und Ländern.





Lessons learned

Vor dem Hintergrund der eigenen Projekterfahrung bewerteten die Podiumsteilnehmenden die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis als gewinnbringend. Sie machten deutlich, dass die Netzwerkbildung und die Vermittlung nach außen eine Aufgabe der gemeinsamen transdisziplinären Forschung ist, um eine Verstetigung nicht nur im Kontext der Projektkommunen, sondern weit darüber hinaus zu ermöglichen.

Im Namen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung dankte [Dr. Vera Grimm](#) den Mitwirkenden des Podiums und den Teilnehmenden der Fachkonferenz „Kommunen innovativ“. Sie betonte, die bisherigen Berichte aus dem gemeinsamen Prozess von Wissenschaft und Kommune zeigten bereits auf, wie wissenschaftliche Impulse in der Praxis ankommen und sich damit ein erfolgreicher Weg des Transfers abzeichne. Gleichmaßen wird auch deutlich, dass eine solche transdisziplinäre Forschung neue Impulse für die Wissenschaft bietet und somit letztlich beide Partner – Wissenschaft und Kommune – von der gemeinsamen Arbeit in der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“ profitieren.

